Wirtschaft

Vom Arbeitsmarkt

Saisonmäßige Besserung im Reich.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosensorge zeigt, so wird amtlich gemeldet, in der zweiten Aprilhälfte einen Rückgang um rund 113.000, das sind 11,4 Prozent. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der genannten Zeit von 817.000 auf 717.000 zurückgegangen, die der weiblichen von 176.000 auf 154.000, die Gesamtzahl von 993.000 auf 871.000. Die Zahl der Zuschlägeempfänger hat sich von 1.200.000 auf 989.000 vermindert. Der Gesamtumfang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Monat April betrug rund 250.000, das sind 22 Prozent (1.211.000 Hauptunterstützungsempfänger am 1. April gegenüber 871.000 am 1. Mai 1927).

Lieber die Krisenrisorge liegt eine neue Zahl nicht vor, da diese nur monatlich einmal bekanntgegeben wird. Es wird sich bei Bekanntgabe erweisen, daß ein bedeutender Teil der Abnahme aus der Erwerbslosensorge übernommen wurde, sofern Erwerbslosen die Unterstützung nicht gänzlich entzogen wurde.

Groß-Berlin.

In Groß-Berlin waren am 14. April 217.138 Personen bei den Arbeitsnachweiser eingetragenen gegen 222.083 der Vorwoche. Darunter befanden sich 141.541 (145.864) männliche und 75.597 (76.219) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen 73.708 (74.639) männliche und 32.965 (33.661) weibliche, insgesamt 106.673 (113.300) Personen. Außerdem wurden noch 33.016 (34.406) Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadtgemeinde Berlin und 35.014 (43.845) Personen durch die Krisenrisorge unterstützt. Bei Notstandsarbeiten wurden 6541 (6699) Personen beschäftigt.

Die Abnahme der Arbeitslosenziffer in Groß-Berlin ist in der Hauptsache auf die Saisonveränderung resp. auf die Hilfsindustrie beider zurückzuführen. Das geht daraus hervor, daß von den 4845 Personen, die die Erwerbslosensorge als Abgang verzeichnete, nur 600 weibliche Arbeitslose waren. Die Metallindustrie nahm 1600 Arbeitskräfte auf. Die Berliner Ziffern zeigen wieder, daß die Verminderung der registrierten Arbeitslosen zum Teil auf den Abbau der Unterstützung zurückzuführen ist. Als vermindert werden 4845 Personen angegeben, Erwerbslosensorge und Erwerbslosenhilfe der Stadt Berlin (Notstandsaktion) verzeichnen 5231 Unterstützte weniger. Davon nahm die Krisenrisorge 169 auf. Mithin ist in der Berichtwoche 217 Personen die nicht vermittelt wurden, die Unterstützung entzogen wurden.

Von einer Besserung der Wirtschaftslage, außer der saisonmäßigen bedingten, ist wenig zu merken. Die Verschlechterung der Handelslage, nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen Industriestaaten, die sich überall nicht nur in dem Nachlassen der Ausfuhr, sondern auch der Einfuhr bemerkbar macht, zeigt zum mindesten eine bedeutende Verschärfung des Konkurrenzkampfes im Weltmarkt. Bestätigt wird das durch die Angriffe des Kapitals auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der gesamten industrialisierten Welt. Das sind zum mindesten Symptome dafür, daß sich die Weltwirtschaftskrise zuspitzt. Eine Bestätigung dieser Annahme liefern auch die Debatten auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz und das zu dieser veröffentlichte statistische Material.

Börsenkrach

Die zweite Maiwoche sah an der Berliner Börse eine Panikstimmung, wie sie weder der Krieg noch die Inflation zu erzeugen vermochte, wie sie eigentlich überhaupt noch nicht vorgekommen ist. Brachte doch z. B. der Freitag, der 13. Mai ihr Papier die als gut galten, Kursstürze bis zu 80 Prozent. Börsen, Jöbber, Presse, Krämer sind wohl geworden. Der 13. Mai ist offiziell als denkwürdiger Tag, als „Schwarzer Freitag“ in die Annalen der Geschichte eingemeißelt. Am Freitag, den 13. Mai, gingen schon bei der ersten Notierung an der Berliner Börse zeitweilige Papiere um 20 und mehr Prozent zurück, darunter AEG, Klöckner, Harpener usw. Selbst das beste deutsche Papier, die Aktien der gut florierenden I. G. Farbenindustrie büßten bei der ersten Notierung 20 Prozent ein und gleich darauf nochmals 17 Prozent. Ähnlich erlitten andere Papiere Kursstürze, die sich wiederholt und an anderen Tagen wiederholten. Schließlich, der bestbeschäftigten Schmecke- und Bierkonzern erlitt in seinen Aktien z. B. am 13. Mai bei der ersten Notierung gleich 40 Prozent Einbuße und verlor im Verlauf nochmals 20 Prozent. Selbst Bankaktien verloren bis zu 20 Prozent. Selbst der Rentenmarkt, d. h. die festverzinslichen Papiere erlitten starke Verluste.

Um einer vollständigen Zerrüttung und Verwirrung (De-routé) vorzubeugen, tagte der Börsenvorstand in Permanenz. Die Katastrophe wurde nur dadurch verhindert, daß später die Notierung von Papieren eingestellt wurde, wenn sie 10 Proz. im äußersten Falle 12 Prozent Einbuße erlitten hatten. Das Angebot war zum Teil so enorm, daß für eine große Anzahl bisher flott gehandelter Papiere überhaupt keine Notierung zustande kam, d. h. es waren Käufer auch nicht zu den niedrigsten Preisen aufzutreiben. Am größten ist die Verwirrung und die Panikstimmung natürlich bei den kleinen Leuten (die sich Spekulant nennen), die den Börsenplätzen ins Garn gelaufen sind und ihr Letztes opferten in der Illusion, einen guten Reiback zu machen. Die Halber der kleinen Dummköpfe, die glauben andere betrügen zu können, ist in Katzenjammer umgeschlagen. Die Luft ist geschwängert mit Inflationsangst. Es ist typisch für die kleinbürgerliche Gedankenwelt, daß gerade jene die größte Besorgnis hegen, denen die Dinge den größten Spaß machen müßte, jene, die gar nichts zu verlieren haben, oder höchstens ihre Ketten.

Welche Beziehungen hat nun der Börsenkrach zur allgemeinen Wirtschaftslage? Gar keine! D. h. keine, wenn man die Sache logisch beachtet, abstrakt, aus der Perspektive des Bürgertums, als Symptom für Konjunktur oder Krise. Dagegen, die Wirtschaft als Prozeß einer längeren Epoche, dann steht der Börsenkrach insofern im engsten Zusammenhang mit dem Tagesgeschehen, als der ganze Kapitalismus heute ein einziger großer Betrug, die Börse eine Spekulations-falle ist, ein großes Netz, in dem die großen Kapitalistinnen die kleinen fangen und sie ausplündern.

Der Kurssturz ist also ebensowenig ein Symptom für den Niedergang der Wirtschaft, als die bisherigen verrückten Kurssteigerungen, ein Symptom für ein beginnende Konjunktur war, wie das die gesamte Presse hinstellt, mit der Presse der Junker und Schwerindustrie angefangen bis zur Arbeiterpresse. Das haben wir immer wieder insbesondere seit Beginn der Streikbruchkonjunktur scharf betonen. Die Kurssteigerungen setzen ein, als in Amerika unter Beteiligung deutscher Großbanken und Großkapitalisten Konjunktur gegründet wurden, die in großem Maßstabe deutsche Industriekonten aufkauften, um sie in Amerika an den Mann zu bringen. Die Nachfrage steigerte die Kurse. Die Amerikaner brachten zum größten Teil zu Aktienkäufen verwendet. Nachfrage und Kurse stiegen weiter. Durch die Umsätze verdiente Industrie und Bankwelt an ihren eigenen und

fremden Papieren, die Profite wurden in Aktien angelegt, die Kurse stiegen fabelhaft. Der Absatz zink zurück (also Krise), es wurde Geld flüssig, das wurde in Aktien angelegt, die Kurse stiegen und stiegen. Den Spielern hing der Himmel voller Geigen. Und die Theoretiker der Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die den Schwindel sehr zu erkennen, benutzten die Hurrastrimmung wider besseres Wissen, um den Profiten Honig um den Hals zu gießen, ihre Illusionen im Interesse des Wirtschaftsfriedens der ungestörten und verschärften Ausbeutung zu stärken.

Moderner Sklavenhandel

Auf dem Arbeitsamt in Guben wurde am 12. April 1927 etwa 100 Erwerbslosen die Stempelkarte einbehalten mit dem Auftrag, daß sie sich abends um 4½ Uhr wieder einzufinden hätten. Am Abend saß dort ein Obersteiger von der Grube „Am massen Fleck“ und ließ alle Arbeitseigenen an sich vorbeimarschieren. Sodann suchte er einzelne Kollegen heraus und ließ sie, wie ehemals auf dem Sklavenmarkt oder beim Pferdehandel, die Muskeln der Arme und Beine, um zu prüfen, ob die Kollegen auch kräftig genug für seine Arbeit seien. So suchte er sich 20 Mann heraus, die den Auftrag bekamen, sich am nächsten Morgen auf der Grube einzufinden. Er bot ihnen einen Schichtlohn für 8 Stunden Unter-tagsarbeit von 17 bis 22 Mark. Dieser horrenden Lohn, als auch die vom Arbeitsamt begünstigte, menschenwürdige Behandlung durch einen Unternehmer veranlaßte einen Teil der Arbeitseigenen, die Arbeitsaufnahme unter diesen Bedingungen zu verweigern.

Am 23. März wurden vom Arbeitsamt Strausberg 40 weibliche Erwerbslose zu Kulturarbeiten nach dem Kreis Solin vermittelt. Die Frauen und Mädchen, denen bei ihrer Vermittlung vorgeschmeckt wurde, daß auf der Arbeitseigenen-Badeeinrichtungen zur Verfügung ständen, daß es ein hervorragendes Essen für nur 70 Pfennig gäbe und daß auch Tagelohn vergütet abgeholt würden, sind dort in hygienisch völlig unzulänglichen Baracken untergebracht. Der Schimmel wächst an den Wänden. Die Fenster sind nicht zu öffnen. Andauernd herrscht eine muffige, stickige Luft. Die Betten sind aus rohem Holz in Kistenform gezimmert und etagenförmig angebracht. Die Decken sind völlig zerrissen und verschimmelt. Für 100 Arbeitnehmer stehen nur zwei Baderäume zur Verfügung. Der lebenswichtige Friseur erklärt er mit den Mädchen zum See gehen und sie dort abwaschen würde, wenn die Baracke gereinigt werden. Unter Raum zum Trocknen der Kleider überhand nehmen. Ein Vorhanden. Das Essen ist völlig unzulänglich. Sonst geht natürlich alles streng militärisch zu. Alltags müß alles um 12 Uhr und Sonntag um 12 Uhr zu Bett. Einmal in der Woche muß sogar die Baracke gereinigt werden. Unter diesen Umständen ist es gar nicht verwunderlich, daß die Einzelheimkehrer dort nicht mehr hin.

In Freienwalde wurde kürzlich ein 67jähriger Erwerbsloser nach Weickendorf zur Tiebauerlei vermittelt einem Stundenlohn von 60 Pfg. und achtstündiger Arbeitszeit. Weickendorf liegt im Wendland, das eine halbe Meile entfernt ist und nur zu Fuß zu erreichen. Wenn man sich nun vor Augen hält, daß der Betreffende 67 Jahre alt und einbeiniger ist, so kann man sich vorstellen, daß er sich in einbeiniger Tiebauerlei arbeiten soll und dann noch dort, wo er mit dem Pferd umgehen muß, die Arbeit verrichten soll. Die Arbeit ist sehr anstrengend und die Kräfte für den neuen Tag sammeln kann, so kann man es ohne weiteres verstehen, daß er sich natürlich die Unterstützung entzogen.

Die Methoden, welche die Arbeitsämter gegenüber den Erwerbslosen anzuwenden, werden immer brutaler. Dieser modernen Sklavenwirtschaft gilt es ein Ende zu machen durch rücksichtslosen revolutionären Klassenkampf, durch proletarische Massenaktionen zur Niederwerfung der Bourgeoisie und ihrer reformistischen Parteien.

Aus der Bewegung

Mitteldeutschland

Sie fürchten uns, wie der Teufel das Weihwasser.

Vor etlichen Wochen fanden in Merseburg, Halle und Weißenfels Belegschaften der Arbeitervereine statt. In beiden Versammlungen in Halle und Merseburg, die Mitglieder unserer Organisation anwesend waren, das Resultat der Lohnverhandlungen, die am 17. März in Halle stattfanden. Die Berichterstattung über den ersten Punkt erzielte nicht die nötige Siegestimmung, die die anwesenden Belegschaften auch in der Behandlung des zweiten Punktes der bevorstehenden Betriebsratsorganisation unterstützende primäre Stimmung der anwesenden Proletarier nicht beibehalten. Der Referent zu diesem Punkt der Tagesordnung schimpfte wieder mit der Sache, ohne aber den Arbeitseigenen konkrete Mittel zu empfehlen, die die Besetzung der gelben Sammelblätter zur Folge haben könnte. Aus seinen weiteren Ausführungen ging hervor, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien in Merseburg und Halle sich zur Aufstellung einer einheitlichen Liste entschlossen hätten, um auf diese Kampfesart den gemeinsamen Feind, die gelbe Werkschmiederei, mit geschlossenen Reihen bezugen zu können. Nach Schluß dieser Ausführungen meldete sich kein einziger KPD-Genosse zum Wort.

Die Sozialdemokraten waren frohen Mutes, die Einheitsfront, die Ruhe und den Frieden endlich hergestellt zu haben. Keiner würde nach ihrer Meinung hoch einmal den Mut anbringen, ihre verräterischen Handlungen der betroffenen Arbeiterschaft aufzudecken. Doch sollten sie sich getäuscht haben. Ein Genosse der Union zeigte sich entschlossen, daß die Arbeitseigenen sich nicht durch die Spielarten von Hilfspartei des profitierenden Unternehmertums, die nach der jeweiligen Situation im Wirtschaftsleben und der Stimmung des Proletariats zum Vorteil des Unternehmens die Kraft treiben. Er begründete weiter die notwendige Zerschlagung der Arbeitseigenen-Organisationen, die von Postdammer oder Amsterdamer Richtung, wenn das Proletariat siegreich aus seinen Kämpfen hervorgehen soll. An Hand eines besonderen Beispiels, was es unseren Genossen leicht, den schädlichen Charakter der gesetzlichen Betriebsräte aufzuzeigen. Seit dem Tage, wo das Betriebsrätegesetz in Funktion ist, treibt zum Leidwesen aller klassenbewußten Arbeiter ein Herr Daniel sein Unwesen seitens des Betriebsrats. Er hat kein Streik, keine Aktion, nicht die geringste Regung gegen die Belegschaft des Riesenbetriebes, ohne daß dieser durch die Belegschaft mit seinen schmerzhaften Fingern zugunsten der Chemiewaltherstellung hätte. Jetzt, nachdem das Werk durch ein Dutzend Aktionen mit Hilfe eines zu diesem Zwecke aufgebauten Spitzelapparates zerschlagen ist, bedarf man diesen in die Versammlung anwesenden Unternehmern nicht mehr, zumal er seine wesentlichen Unternehmerrichtungen hat, man ihm an der Regierung Merseburg den Posten eines Wohlfahrtsdirektors bei achtundzwanzig Mark Monatsgehalt eingeräumt. Fürwahr, eine bessere Bestätigung für die Richtigkeit unserer antizyklischen Einstellung konnte uns nicht begeben werden. Zumal dieser Daniel es nicht mal wagt, gegen die Anschuldigungen unserer Genossen etwas zu erwidern. Doch er erteilt die Antwort, und zwar in Form einer Kündigung, unter nicht stichhaltigen Begründungen wurde der Genosse nach dem Verlaufe von drei Wochen wieder entlassen.

Der Belegschaft des Leunawerkes ist durch diesen Vorfall Gelegenheit geboten, darüber nachzudenken, wer die Inter-

Offentliche Quitting der VRUK.

Pflichtbeitrag Berlin: 110.— Mk.
Pflichtbeiträge Reich: Hamburg-Altona 7.90; Dellingsen 1.44; Nürnberg 2.—; Lauban 10. 32. 1.08; Halle 7.74; Mainz 1.96; Magdeburg 3.—; Salzeimern 0.36; Gentlin 2.40; Kiel 6.24; Reich 4 Konto 84.—
Sammelstellen Reich: Magdeburg Liste Nr. 477 Rest 2.— (25.—) Gen. Fuchs, Cöthen 2.—; Sammlung auf der Reichs-konferenz 22.—
Sammelstellen Berlin: 2. Bez. Nr. 629 4.50; 3. Bez. Nr. 617 0.90; 5. Bez. Nr. 601 6.10; 6. Bez. Nr. 606 5.50; Nr. 607 14.—; 7. Bez. Nr. 624 4.—; Nr. 625 12.75; Nr. 626 2.50; Nr. 628 10.40; 11. Bez. Nr. 612 1.—; 5. Bez. Extrakliste Nr. 432 10.—; Betrieb Hochbahn Liste Nr. 637 16.35.
Umlage Reich: Magdeburg 4 Konto 15.—.
Die im „Kampfruf“ 14-14 veröffentlichten Listen Nr. 603, 604 und 605 sind nicht mehr gültig, wie wir fröhlich von 11. Bezirk.

Verantw. Redakteur u. Herausgeber: Hermann Koch Berlin N. Druck: Druckerei I. Arbeiterliteratur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

Der Kampf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 8, Nr. 21

Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13

Preis 15 Pfennig

Unsere nächsten Aufgaben

Bemerkungen über die praktische Durchführung der Beschlüsse der VIII. Reichskonferenz.

In den letzten Wochen hatten alle Ortsgruppen der AAU Pflicht und Gelegenheit, zu den Arbeiten der achten Reichskonferenz Stellung zu nehmen. Wir sind uns dessen bewußt, daß dies überall geschehen ist und daß auch mancherorts scharfe Kritik geübt wurde. Die bestehenden Meinungsverschiedenheiten haben natürlich an keiner Stelle den organisatorischen Rahmen der Union durchgestoßen, da ja im großen und ganzen keine grundsätzlichen Differenzen vorliegen sind. Das im jahrelangen Kampf gegen eine Welt von Feinden gestählte Bewußtsein, daß die AAU, der historische Anfang der revolutionären Klassenorganisation des Proletariats ist, hält jeden Genossen in Reih und Glied auch dort, wo die Debatten über unsere Taktik am heftigsten sind. Es kommt aber nicht nur darauf an, über die Ergebnisse der letzten Reichskonferenz ausgiebig zu diskutieren, — es gilt, die gefaßten Beschlüsse praktisch durchzuführen! Die von unserer obersten Körperschaft festgelegte politische Linie muß planmäßig verfolgt werden, wie die Union in kommenden Kämpfen ihren Mann stehen soll.

Eine unserer Hauptaufgaben ist die Gewinnung derjenigen Proletarier, die sich mit den Organisationen der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Schule in Konflikt befinden und teils schon den offenen Kampf gegen ihre ehemaligen politischen Lehrer aufgenommen haben. In dieser Beziehung hat die Oppositionsbewegung der KPD, reale Aussichten für die AAU, eröffnet, ihre Basis im Proletariat ohne Preisgabe irgendeines Grundsatzes zu verbreitern. Die Arbeiter der Gruppe Entschiedene Linke sind, was prinzipieller Kampf gegen den Moskauer Sozialdemokratismus anbelangt, im weitesten vorzuziehen und stehen vor den letzten KPD-Genossen, soweit sie diese noch nicht gezogen haben. Aufgabe besonders der Unionsgruppen ist es, den Abschluß des Klärungsprozesses der EL-Genossen zu beschleunigen, indem wir die noch zaudernden Proletarier in sachlicher Diskussion von der brennenden Notwendigkeit ihres Eintritts in die AAU überzeugen. Es darf heute keine Ortsgruppe der EL mehr geben, mit der die Union (oder die KAP) nicht in ständiger politischer Fühlungnahme steht. Die Genossen dürfen dabei keine Mühe scheuen, sondern müssen sich dessen bewußt sein: je zielbewußter und planmäßiger unsere sühnende Tätigkeit unter den EL-Proletariats ist, desto positiver wird auch die Antwort der bevorstehenden Zentralversammlung der EL, auf die Adresse der VIII. Reichskonferenz sein.

Unsere Werbearbeit ist aber damit nicht erschöpft, sie muß jetzt mehr und mehr auch auf die Anhänger der Urhahnsgruppe ausgedehnt werden. Diese KPD-Opposition ist jetzt als erstmalig öffentlich selbständig aufgetreten, wodurch sich ihr Konflikt mit dem leninistischen Zentralkomitee nur verschärft muß. Dadurch erhalten auch wir günstigere Möglichkeiten, an die Arbeiter der Urhahns-Richtung mehr als bisher heranzukommen. Diese neuen Agitationsmöglichkeiten müssen von uns nach Kräften ausgenutzt werden, gemeinsam mit den Genossen der KAP und EL. Wo die Urhahnsgruppe öffentlich auftritt, darf unserseitig nicht versäumt werden, die Grundfragen des revolutionären Klassenkampfes in die Diskussion zu werfen. Immer wieder muß den Anhängern der Urhahns-Opposition aufgezeigt werden, daß die proletarische Revolution nur mit der Abkehr von jeglicher parlamentarisch-gewerkschaftlicher Taktik und demzufolge nur im radikalen Bruch mit dem System des Leninismus vorwärts-schreiten kann, daß die Fahne des Kommunismus niemals von uns nach Kräften ausgenutzt werden kann. Der Fraktionskampf der Urhahns-Gruppe muß in die Bahn geschoben werden, wo die wirklich revolutionäre Perspektive nicht mehr durch die Illusion der „Revolutionierung“ der dritten Internationale verhüllt werden kann. Die widersprüchliche Politik der Urhahns-Schulen und eine zähe Aufklärungsarbeit vererbt werden müssen und werden auch hier allmählich den Boden schaffen, in dem der Gedanke der AAU Wurzel schlagen kann. — Darüber hinaus ist es auch eine selbstverständliche Pflicht, den rebellieren linken SPD-Arbeitern unsere Aimerksamkeit zu schenken. Hier dürfen AAU und KAP ebenfalls nicht zurücklassen, ihre werbende Kraft zu entfalten. Denn die Arbeitseigenen der sozialdemokratischen Proletarier sind dieser oppositionellen sozialdemokratischen Proletarier

Die Bewegung in der AEG, Berlin

Ende voriger Woche kam es in den Groß-Berliner AEG-Fabriken zu einem scharfen Konflikt. Die Werkzeugmacher sowie die Maschinenarbeiter forderten eine 15prozentige Lohn-erhöhung und beschloßen, bei Ablehnung in den Streik zu treten. Die AEG-Direktion machte daraufhin ein Angebot von drei Pfennigen pro Stunde und drohte gleichzeitig, bei der Arbeitsverweigerung der produktionswichtigen Gruppe der Werkzeugmacher die Gesamtaussperrung vorzunehmen. Die Antwort auf dieses Ultimatum war, daß am Sonnabend, den 21. Mai, mittags die Werkzeugmacher der Betriebe Ackerstraße und Brunnenstraße in den Streik traten. Die AEG-Leitung verließ darauf die teilweise Aussperrung ab Montag, den 23. Mai, und zwar der Werke Treptow, Kolonnenstraße, Dronthemer Straße und Friedemann. Die Gesamtaussperrung wurde noch verschoben, da die Streikenden erst über ein neues Angebot entscheiden sollten.

Das Angebot, das nach am Sonnabend abend den gewerkschaftlichen Tarifkontrahenten unterbreitet wurde, besatz im wesentlichen folgendes: Die Durchschnittsstundenverdienste der Werkzeugmacher und Werkzeugdreher im gesamten AEG-Konzern, die bisher 1,12 Mk. betragen, werden auf 1,19 Mk. erhöht; die der Maschinenarbeiter von 98 auf 1,03 Mk. Weiter soll die Eingruppierung eines Teils der Werkzeugdreher in die erste Stufe vorgenommen werden.

Am Montag, den 23. Mai, nahmen die streikenden Werkzeugmacher und Maschinenarbeiter der AEG, Stellung zu diesem Angebot. Die gewerkschaftlichen Verhandlungsführer empfahlen Annahme in geheimer Abstimmung. Das Resultat war, daß die zur gewerkschaftlichen Fortführung des Streiks erforderliche Mehrheit nicht erreicht wurde, so daß vom Metallarbeiterverband für Dienstag früh die Arbeitsaufnahme in allen AEG-Betrieben angeordnet wurde.

Die streikenden AEG-Arbeiter haben ihren Kampf abgeschlossen, für 7 bzw. 5 Pfennig „Zulage“ pro Stunde, daß dieses Ergebnis bei weitem noch nicht mal ein Ausgleich für die Entwertung des Reallohnes durch die Teuerungswelle ist, dürfte wohl nicht schwer anzuerkennen sein. Wenn trotzdem die Vorwärts- und die Gewerkschaftsorganisationen es fertig bringen, dieses erbärmliche Kompromiß als „einen erfolgreichen Anfang“ zu begründen, so muß dies jedem urteilsfähigen Proletarier zu denken geben. Die Gewerkschaftsbestreuer hatten infolge ihrer gesetzlichen Bindung durch das Tarifwesen gar kein Interesse an der vom Klassenkampfstandpunkt selbstverständlichen Pflicht, den Vorstoß der AEG-Werkzeugmacher zu einer Angelegenheit der Gesamtbelegschaft (ca. 50.000) dieses industriellen Riesenkonzerns zu machen. Wenn der Metallarbeiterverband wirklich noch eine moderne Klassenkampforganisation wäre, dann hätte er dies hier unzulänglich beweisen müssen durch, daß er die Rebellion der Werkzeugmacher als den ersten Auftakt einer proletarischen Massenbewegung gegen die Kapitalisten

finden nur deswegen noch nicht den Weg zur kommunistischen Bewegung, weil sie von den Demagogen der leninistischen Granatpartei vom Kurs auf revolutionäre Ufer abgelenkt werden.

Im Zusammenhang mit unserer Propaganda unter den politisch aufnahmefähigen Proletariats muß auch besonderes Gewicht gelegt werden auf die organisatorische Ausnutzung unserer öffentlichen Versammlungstätigkeit. Unsere Agitationsstunden in den einzelnen Wirtschaftszweigen müssen von allen in Frage kommenden Ortsgruppenleitungen als Werbekampagnen betrachtet und dementsprechend zu vorbereiten und als solche durchgeführt werden, damit auch die Union als politisches Resultat neue Kräftezuwinn erhält. Es darf keine öffentliche Versammlung von uns geben, wo nicht der planmäßige Versuch zur Gewinnung der mit uns sympathisierenden Arbeiter unternommen wird. Die organisatorische Erfassung derjenigen Proletariats, die politisch im wesentlichen auf dem Boden der AAU stehen, gilt es mehr als bisher zum Grundsatz zu erheben.

Die wichtigste Aufgabe jedoch, die von allseitigen Wesen der AAU bedingt wird ist unsere politische Aktivität im Prozeß der sozialen Konflikte zwischen Kapital und Arbeit. Die acht Reichskonferenz hat eindeutig ausgesprochen, daß die Unionisten in den gewerkschaftlichen Bewegungen nicht ab-seits stehen dürfen. — Es ist die Pflicht haben, diese Kampf-

tals offensive betrachtet und demzufolge sofort entsprechende praktische Kampfmaßnahmen eingeleitet hätte. Doch die Gewerkschaftsorganisationen sind eben infolge ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitisch so rettungslos die Gefangenen der kapitalistischen Demokratie, daß sie nur noch die für die Herrschaft der Ausbeuter unentfährlichen Branchenstreiks führen können. Der „erfolgreiche Anfang“ der Konfliktsbewegung in der AEG, Berlin besteht also faktisch nur darin, daß es den gewerkschaftlichen Kuhlhandelspolitikern wieder mal gelangen ist, die drohende breite Ausdehnung einer Streikbewegung in letzter Stunde mit ethischen Beteiligungen zu verhindern und damit den für die kapitalistische Rationalisierung notwendigen Wirtschaftsfrieden zu sichern.

Mit dem Abschluß des Spezialarbeiterstreiks in der AEG, ist aber noch nicht die allgemeine Bewegung beendet, vor der die Proletarier der Berliner Metallindustrie jetzt stehen. Die Verhandlungen über den neuen Rahmenvertrag in den VBM-Betrieben — wobei die Frage der Arbeitszeit die wichtigste Rolle spielt — haben soeben begonnen und werden schon in den nächsten Tagen eine Stellungnahme von den Berliner Metallarbeitern notwendig machen. Daß von den betriebs-tätigen Proletariats allgemein die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne erhoben wird, ist nur eine Selbstverständlichkeit. Doch wenn die Metallarbeiter nur aus den Schmachtrufen des VBM vor der Frage des Streiks gestellt werden dürfen, so sind sie nicht nur auf diese Forderungen festlegen. Die zahllosen bisherigen Erfahrungen lehren eindeutig genug, daß es den Unternehmern ein Leichtes ist, eine streikende Arbeitermasse, die ihr Heil von den „unparteilichen“ Schlichtungsorganen erwartet, durch Ausbeutung auf die Knie zu zwingen. Dieser Zermürbungs-taktik der Unternehmervorstände gilt es entgegen zu wirken mit der Sprengung des engen Rahmens der wirtschaftlichen Kämpfe, d. h. mit dem Übergang zur Massenaktion gegen die Schlichtungsdiplomatie des kapitalistischen Staates.

Die Berliner Metallarbeiter werden im Fall des offenen Kampfes aber nur dann den übrigen Proletariats beispielgebend vorangehen können, wenn sie mit der gewerkschaftlichen Nadelstichpolitik restlos brechen. Die Gewerkschaften stehen immer nur solange „an der Spitze“ einer Streikbewegung, bis sie durch einen verbindlich erklärten Schiedsbruch schmachtmäßig gesetzt werden. Die Gewerkschaften sind als eine Stütze der kapitalistischen Demokratie und ihres Schlichtungs-betrugs unfähig, die Angriffe der Unternehmervorstände mit machtvollen proletarischen Gegenaktionen zu beantworten. Die Proletarier müssen deshalb aus eigener Kraft, aus ihrer Mitte Kämpfe schaffen. Diese Vorbereitungen zu treffen, ist die erste Bedingung, wenn die Berliner Metallarbeiter der kapitalistischen Hungeroffensive einen Damm entgegen setzen wollen.

durch praktisches Eingreifen im revolutionären Sinne vorwärts-zutreiben. Das bedeutet, daß wir selbstverständlich auch bei Streiks kleineren Umfanges auf dem Posten sein müssen. Nur wenn die Herrschaft der revolutionären Aktivität Gemeingut der Unionsmitgliedschaft ist, wird es gelingen, unseren Teil beizutragen zur Schaffung der subjektiven Bedingungen, daß sich größere Kreise des Proletariats zum Widerstand gegen die Unternehmerrückgriffe erheben. Denn auch die Sammlung der Arbeitermassen zum Widerstand und ihr Übergang aus dieser Verteidigungsstellung zum Angriff gegen die Kapitalisten ist ein Prozeß, den gerade die AAU, als proletarische Klassenorganisation mit aller Energie fördern muß.

Die systematisch fortschreitende kapitalistische Hunger-offensive stellt jeden betriebsständigen Unionisten vor die Aufgabe, ein wachsames Auge auf alle sozialen Vorgänge in der Stätte der Ausbeutung zu haben. Angesichts der verheerenden Auswirkungen der Rationalisierung dürfen wir nicht warten, bis die Gewerkschaftsbestreuer sich mit der Lage der Arbeiter beschäftigen, sondern müssen unabhängig von dem Verhalten der reformistischen Tarifkontrahenten selbst darangehen, immer wieder vor den Proletariats die Fragen ihrer Existenz auf die Tagesordnung zu setzen. In Diskussionen mit den Arbeitskollegen, und wenn irgend möglich, in eigenen Werkstatt-versammlungen muß der Unionist seinen Klassenbewusstsein stets erneuert ins Bewußtsein rufen, daß es unter Führung eigener Kampforgane gegen die Verelendungsoffensive Front zu machen